

Über Aktivisten

Liest oder hört man heute etwas über „Aktivisten“*, so denkt man hauptsächlich an Umweltschutz und das Klima. Die Tätigkeitsfelder von Aktivisten sind aber nicht darauf beschränkt. Gender-Aktivisten beispielsweise kämpfen unter der Flagge „LGBTQ“ für die Anerkennung verschiedener sexueller Identitäten. Covid-19 (genauer: der Glaube, dass es die Pandemie gar nicht gibt oder sie nicht so schlimm ist) hat Corona-Aktivisten auf die Straße gebracht.

Jede Person, die für irgendeine Sache kämpft, wird fast automatisch mit der Bezeichnung „Aktivist/-in“ belegt. Die Karriere des Begriffs ist erstaunlich. Er gehörte zum sprachlichen Repertoire der sozialistischen Gesellschaft der DDR. Das „Wörterbuch der Ökonomie Sozialismus“ (4. Aufl. 1978, S. 34) definiert ihn so: „Werkstätiger, der bei der Erfüllung seiner Arbeitsaufgaben in der Produktion, Verwaltung und anderen Bereichen außerordentliche Leistungen vollbringt.“ Der Aktivist konnte mit „höheren staatlichen Auszeichnungen“ geehrt werden, z.B. als „Held der Arbeit“. Jenseits der sozialistischen Begriffswelt war der Begriff in früheren Zeiten eher negativ konnotiert. Im Fremdwörter-Duden des Jahres 1960 findet man folgende Definition für „Aktivist“: „zielstrebig (auch: politisch vorbehalt- u. rücksichtslos) Handelnder“. Deutlich freundlicher ging 1972 der Dudenband „Sinn- und sachverwandte Wörter“ mit Aktivisten um, er bietet das Ersatzwort „Reformer“ an. Diese nette Lesart hat sich durchgesetzt. Aktivisten genießen zumindest in den öffentlichen Medien einen gewissen Sympathiebonus. Fast immer geht es um das „größere Wohl“. In den Harry-Potter-Romanen beruft sich allerdings auch der machtbesessene Zauberer Gellert Grindelwald auf das „Greater Good“. Ehrenwerte Ziele rechtfertigen nach Meinung etlicher Aktivisten auch rechtlich sehr zweifelhafte Mittel, beispielsweise großräumige Blockaden des Straßenverkehrs, das „Lahmlegen“ von Flughäfen und die Störung von Bahntransporten. Das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG) dürfte derartige Aktionen kaum recht-

fertigen. Lediglich verbale Auseinandersetzungen scheinen für manche Aktivisten aber weniger attraktiv zu sein; der Gegner hat womöglich das eine oder andere bedenkenswerte, aber unerwünschte Argument.

Wer als lupenreiner Aktivist alles, und zwar sofort, will, hat für parlamentarische und administrative Entscheidungsprozesse und Kompromisse wenig übrig. Die Aktivistin Cornelia Wockel drückt es, wenn sie im Spiegel (Nr. 44 v. 26.10.2019, S. 50) korrekt zitiert wird, so aus: „Ich brauche kein Parlament, keine Parteien, um etwas zu verändern.“ Derartige Äußerungen haben Bundespräsident Steinmeier zu der Warnung veranlasst, man solle die Demokratie und ihre Möglichkeiten nicht „kleinreden“ (Die Zeit Nr. 47 v. 14.11.2019, S. 1). Die Ansichten jedenfalls einzelner Aktivisten über das, was in einem demokratischen Rechtsstaat geht und was nicht, sind zumindest diskussionsbedürftig.

Der Präsident hätte aber auch eine weitere Aktivistengruppe in den Blick nehmen können, die dem Land nicht guttut: die Gesetzesaktivisten in den Parlamenten und Parteien.

Sobald ein wirkliches oder vermeintliches, aber in den öffentlichen Medien hochgespieltes Problem auftaucht, fordern die Gesetzesaktivisten ein neues Gesetz. Im Zweifel kommt dann eine Steuererhöhung (aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit), oder es werden schärfere Strafen angedroht (damit die Bösewichte nach Lektüre des Bundesgesetzblatts Angst bekommen). Das Motto der Gesetzesaktivisten: Wer einen Hammer hat, hat für jedes Problem einen Nagel.**

Die (Gesetzes-)Nägel sind leider oft krumm und schief. Das macht in den Augen der Gesetzesaktivisten aber nichts, Hauptsache, das Hämmern wurde gehört.

Prof. Dr. Jürgen Vahle, Bielefeld

* Der besseren Lesbarkeit wegen wird hier und im folgenden Text auf den Zusatz „und Aktivistinnen“ verzichtet.

** Leicht abgewandelter Aphorismus, dessen Urheber nicht feststeht.